

## **Beschluss des Landrats vom 13.02.2025**

Nr. 1002

### **28. Teileingliederung des Unterrichts «Heimatliche Sprach- und Kulturkurse» in die öffentlichen Schulen in Basel-Landschaft und Basel-Stadt**

2024/632; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Gzim Hasanaj** (Grüne) wünscht sich, dass der Landrat – nach alle den überwiesenen Vorstössen – diesen *Vibe* beibehalte. Ende September 2024 fand die Migrantensession von Basel-Landschaft und Basel-Stadt im Grossratsaal in Basel statt. Gemäss Statistik verfügen etwas 25% der Bewohner dieses Landes nicht über das Stimmrecht. Die Session wurde mit viel Arbeit vorbereitet. Gzim Hasanaj hat den vorliegenden Vorstoss in ihrem Namen eingereicht. Es geht um Mitspracherechte, um die Partizipation. Ein Wort, das wir so oft verwenden. Wenn der Landrat diesen Vorstoss nun einfach so ablehnt und diesen Versuch von Mitsprache einfach im Keim erstickt, wird ein falsches Signal diesen Leuten gegenüber ausgesendet, die sich Mühe gegeben und ihr Anliegen formuliert haben.

Das Anliegen mag paradox erscheinen. Viele Anwesende denken wahrscheinlich, diese Menschen sollten sich integrieren und Deutsch lernen und sich nicht mit ihrer Heimatsprache beschäftigen. Es ist aber wissenschaftlich erwiesen, dass der Erwerb der Muttersprache für den Erwerb weiterer Sprachen sehr wichtig ist. Es ist also im Interesse aller, dass diese Kinder ihre primäre Sprache gut beherrschen. Nur so können sie auch Deutsch und alle anderen weiteren Sprachen gut lernen. Ein weiteres Argument dafür, ist, dass eine bessere Integration im Schulsystem zu einer besseren Kontrolle führt. Die hier aufwachsenden Kinder werden somit nicht einer Indoktrination durch irgendwelche Schattenvereine überlassen. Es ist sehr wichtig, die Kontrolle über solche Kurse zu haben.

In dieser vernetzten und globalisierten Welt ist das Kennen von Sprachen auch aus wirtschaftlicher Perspektive wichtig. Gzim Hasanaj spricht fünf Sprachen. Diese haben ihm alle Türen geöffnet, die zu Schlüsselmomenten in seinem Leben geführt haben. Entsprechend wird dies sicherlich auch der Wirtschaft guttun.

Im Vorfeld wurde betont, die Schule würde dadurch belastet. Gzim Hasanaj ist im Vorstand eines Vereins, der in Spreitenbach im Kanton Aargau ein Pilotprojekt zu diesem Thema gestartet hat. Das Projekt heisst Tutor und es geht darum, dass die Kinder ihre Hausaufgaben in der eigenen Sprache erledigen. Das Projekt ist ein grosser Erfolg. Die Schulen und Schulleitungen sind begeistert. Die Schulnoten haben sich rapide verbessert. Das heisst, man kann das System gewinnbringend für alle und für die Schule einsetzen. Gzim Hasanaj verfügt über ein ganzes Konzept und eine Bachelorarbeit, die er der zuständigen Stelle gerne weiterreichen möchte.

Der Landrat wird gebeten, das Postulat zu überweisen und somit den Personen, die sich Mühe gegeben haben, eine richtige Antwort zu ermöglichen.

**Tim Hagmann** (GLP) betont, ein Viertel der Bevölkerung im Baselbiet – 80'000 Menschen – hätten aufgrund ihrer Herkunft keine Möglichkeit zur politischen Partizipation hier. Das Leben, wie man es hier kennt und schätzt, wäre ohne diese Menschen nicht möglich. Sie sind es, die uns unter anderem pflegen, uns heilen, unsere Häuser z.T. bauen oder sie vielleicht putzen und noch viel, viel mehr. Die Hürde zur Erlangung des Stimm- und Wahlrechts in der Schweiz ist enorm hoch. Ob man das jetzt gut oder schlecht findet – sie ist enorm hoch. Der *Migrant Integration Policy Index* zeigt auf, dass die Schweiz zur Erlangung des Bürgerrechts ein Score von 28 von 100 aufweist.

Das macht die Schweiz zu einem der schlechtesten 15 Länder, und die Schweiz befindet sich in der guten Gesellschaft von Ländern wie z.B. Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das kann man gut finden oder auch nicht. Aber gerade Menschen, die an einer Session wie der Migranten-Session ihren klaren Willen zeigen, dass sie das Leben hier mitgestalten und verbessern wollen, soll ein Zeichen gegeben werden, dass man dies ernst nimmt. Die GLP-Fraktion hätte vom Regierungsrat gewünscht, dass er das Postulat zumindest entgegengenommen und dann halt zur Abschreibung beantragt hätte. Die GLP-Fraktion wird das Postulat unterstützen, so dass zumindest eine seriöse Prüfung und Berichterstattung erfolgt. So werden die Menschen ohne politische Repräsentation ernst genommen.

**Urs Schneider** (SVP) sagt, die SVP-Fraktion werde die Überweisung nicht unterstützen. Die Stellungnahme des Regierungsrats ist schlüssig. Es soll nichts im Keim erstickt werden. Die Pflanze lebt ja auch bereits. Den Kurs gibt es seit mehreren Jahren und er wird auch stark genutzt. Das ist gut so. Eine Teileingliederung in die normalen Schulen ist nicht sinnvoll, zumal es auch zu viel anderen Stoff gibt, der erlernt werden muss.

**Roman Brunner** (SP) schliesst sich im Namen der SP-Fraktion den Ausführungen von Gzim Hasanaj vollumfänglich an. Dieselbe Forderung kam bereits 2018 aus den Reihen der SP. Der Regierungsrat argumentiert vor allem mit zu grossem logistischem und organisatorischem Aufwand. Das Mindeste, was man diesen Menschen schuldet – es handelt sich um ein Anliegen aus der Migrantinnensession – ist, dass in einem Bericht zu einem Postulat seriös geprüft und berichtet wird, was organisatorische und finanzielle Auswirkungen wären. Darauf basierend kann der Landrat entscheiden, ob er dies möchte oder nicht. Roman Brunner ist der Überzeugung, dass das Anliegen grundsätzlich sinnvoll ist. Der Landrat wird gebeten, das Postulat zu unterstützen und zu überweisen.

**Heinz Lurf** (FDP) verweist auf die Stellungnahme des Regierungsrats. Dieser führt aus, dass in beiden Basel bereits zwei- und mehrsprachige Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur, abgekürzt HSK-Unterricht, besuchen. Mittlerweile finden Kurse in über 40 Sprachen statt. Die Trägerschaft des HSK-Unterrichts hat sich stark professionalisiert. Im Baselbiet besuchen über 2'300 Schülerinnen und Schüler die Kurse im Schuljahr 2024/2025. Das sind doch sehr erfreuliche Zahlen und der Unterricht scheint auch gut zu funktionieren. Der Postulant bittet den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie der HSK-Unterricht stärker vom Kanton gefördert werden könnte. Er sieht zum Beispiel Handlungsbedarf bei den Entschädigungen des Lehrpersonals, das die HSK-Kurse unterrichtet. Die Eingliederung der HSK-Schulstunden im regulären Schulunterricht wäre eine Möglichkeit. Der Regierungsrat lehnt ein weitergehendes Engagement seitens Kanton ab. Er begründet seine Haltung mit zusätzlichem erheblichem Mehraufwand organisatorischer und logistischer Natur. Ebenfalls will und kann er zurzeit kein weiteres finanzielles Engagement eingehen. Die FDP-Fraktion kann die ablehnende Haltung der Regierung nachvollziehen. Entsprechend spricht sie sich ebenfalls gegen eine Überweisung aus.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) macht es kurz: Die Mitte-Fraktion wird dieses Vorhaben nicht unterstützen. Aktuell befindet man sich in einer Situation, in der beispielsweise darüber diskutiert werden muss, auf Sekundarstufe I zwei Wochenlektionen zu streichen. Es ist aus Sicht der Mitte-Fraktion deshalb nicht prioritär, ein solches Projekt in den regulären Unterricht zu inkludieren, wenn andere Fächer allenfalls gestrichen werden müssen. Diese Diskussionen werden im Bildungsrat geführt werden müssen. Die finanzielle Lage des Kantons lässt es nicht zu. Geld wurde in andere Projekte investiert, vielleicht – Regierungspräsident Isaac Reber – wäre es hier besser investiert gewesen. Dies steht jetzt aber auch nicht zur Debatte.

Eine Frage an Gzim Hasanaj: Dieser hat gesagt, die Wirtschaft würde von diesem Projekt profitieren. Marc Scherrer ist das nicht ganz klar. Die Wirtschaft verlangt Personen, die der deutschen Sprache mächtig sind. Wo ist der Zusammenhang?

**Marc Schinzel** (FDP) fragt, wo der Punkt sei. Der Grundsatz ist absolut unbestritten. Es wurde richtig ausgeführt, dass das Beherrschen der Muttersprache für das Erlernen der Fremdsprache wichtig ist. Niemand im Saal behauptet etwas anderes. Der Regierungsrat verweist aber zurecht auf Ziffer 2 im Postulat. Dort wird verlangt, dass die Kurse in die regulären Schulzeiten integriert werden. Es besteht bereits heute das Problem, dass innerhalb der regulären Schulzeit derart viele Dinge berücksichtigt werden müssen, dass es nicht mehr aufgeht. Es ist sinnvoll, den Pflichtstoff in den regulären Schulzeiten unterzubringen. Vor allem braucht es in den Klassenzimmern mehr Ruhe und nicht mehr Bewegung. Diese Bewegung besteht aber, denn die Logistik ist aufwendig. Die Kinder müssen in verschiedene Schulhäuser gebracht und dort unterrichtet werden. Das ist der Punkt, der dazu führt, dass die FDP-Fraktion zum Schluss kommt, dass dieses Postulat nicht der richtige Weg ist. Zum Aspekt, dass man über grössere Sicherheit verfüge, dass nicht radikalisierte Personen unterrichten: Diese Aufgabe besteht für den Regierungsrat generell. Es muss sehr genau geschaut werden, wer unterrichtet.

**Sven Inäbnit** (FDP) möchte gar nicht inhaltlich auf das Anliegen des Postulats eingehen. Ein Aspekt erstaunt beziehungsweise befremdet ihn aber. Gzim Hasanaj hat argumentiert, es handle sich um ein Anliegen einer bestimmten Gruppe. Freundlicherweise hat er sich zur Verfügung gestellt, das Postulat einzureichen. Das ist ehrenhaft. Aber das Argument, das Postulat zu überweisen, weil es sich um ein Anliegen einer anderen Gruppe handelt und man dieser das Gefühl geben soll, ernstgenommen zu werden, funktioniert nicht im Landrat. Das Postulat hat einen Inhalt und der Landrat befindet über diesen Inhalt. Würde man diese Logik weiterführen, könnte jede Gruppierung direkt und nicht über den Landrat solche Postulatsanfragen einreichen. Der Landrat muss über den Inhalt diskutieren. Andernfalls käme dies einem Freipass für jede Gruppierung gleich, die einen Landrat findet, der ihre Anliegen einreicht, die dann vom Regierungsrat behandelt werden, ohne dass der Landrat dazu Stellung nimmt. Dieses Argument ist weit hergezogen. Sven Inäbnit ist froh, wurde nun auch inhaltlich über das Postulat debattiert und die FDP-Fraktion wird es inhaltlich beurteilen und nicht aufgrund seiner Herkunft.

**Andrea Heger** (EVP) glaubt, Sven Inäbnit habe etwas nicht zu Ende beachtet. Die demokratischen Prozesse bieten verschiedene Möglichkeiten, sich einzubringen, auch im Parlament. Eine ist zum Beispiel, dass Menschen Petitionen starten können, auch solche, die nicht stimmberechtigt sind. Jede Person und jede Gruppierung hat die Möglichkeit, ein Landratsmitglied von einem Anliegen zu überzeugen. Das ist alles rechtens.

Dennoch schert Andrea Heger in ihrer Fraktion aus. Das Anliegen wurde ausgiebig diskutiert. Alle Menschen verdienen eine anständige Antwort. Allerdings hat dies der Regierungsrat bereits getan. Es liegt eine ausführliche Stellungnahme vor, in der auch auf das bereits beantwortete Postulat verwiesen wird. Es liegt nun an den Landratsmitgliedern, diese Antwort zu übersetzen, sollte jemand diese Antwort noch nicht verstanden haben. Bis 2019 hat Andrea Heger unterrichtet und ihr waren die Kurse zur heimatlichen Sprache und Kulturen stets wichtig. Die logistischen Probleme lassen sich aber nicht von der Hand weisen. Im Oberbaselbiet ist es nicht dasselbe wie in grossen Gemeinden. Im Oberbaselbiet muss man die Kinder von weither zusammenführen, um überhaupt Stunden durchführen zu können. Die Alternative wären Einzelstunden, was aus mehreren Gründen nicht sinnvoll wäre.

Andrea Heger ist die Förderung der Sprache aber wichtig. Kürzlich haben die Landratsmitglieder eine Einladung des tamilischen Vereins erhalten, der schweizweit Kurse durchführt. Andrea Heger war die einzige Landrätin, die der Einladung folgte, und sie hat Verständnis für gewisse Anliegen.

Die Kurse müssen noch mehr publik gemacht werden, hierzu möchte sie beitragen und sie hat auch gewisse Ideen, die sie Regierungsrätin Monica Gschwind mitteilen wird. Dieses Postulat darf man aber mit gutem Gewissen ablehnen.

**Gzim Hasanaj** (Grüne) stellt kurz einige Dinge richtig: Es handelt sich nicht um eine Gruppierung, sondern um die Migrantensession. Es ist nicht klar, was daran unverständlich sein soll. An Urs Schneider: Mit dem Ausdruck «im Keim ersticken lassen» waren nicht die HSK gemeint, sondern der Vorstoss. Die Migranten wollten das tun, was auch von bürgerlicher Seite immer verlangt wird: sich integrieren und teilnehmen.

Zur Frage von Marc Scherrer: Eigentlich sollte er dies wissen. Im Moment handelt es sich bei Kindern von Migranten, die ein Unternehmen gründen, um ein sehr dynamisches Feld. Oft handeln sie mit ihren Heimatländern. Sie kennen die Märkte, die Sprache und das ist mit Gewinn für die Wirtschaft gemeint. Dass Sprache ein wirtschaftlicher Trend sein kann, zeigt die Tatsache, dass es in den letzten 20 Jahren ein Supertrend wurde, Mandarin zu erlernen.

**Marco Agostini** (Grüne) ist Gründungsmitglied der Migrantensession. Es handelt sich nicht einfach um eine Gruppierung, sondern eine Organisation, die jedes Jahr eine Session durchführt, unterstützt auch von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Die Personen werden unterstützt von Politikerinnen und Politikern, unter anderem von Marco Agostini. Sie wollen wissen, ob ein Vorstoss sinnvoll ist oder nicht. Da dieses Anliegen nun von drei Parteien unterstützt wird, zeigt, dass der Vorstoss nicht komplett unfundiert ist. Marco Agostini hat aber Verständnis, wenn man dagegen ist.

In der Migrantensession hat Marco Agostini immer wieder betont, dass politische Partizipation auch ohne Schweizer Pass möglich ist. Auch Ausländerinnen und Ausländer können sich in einer Partei engagieren, Unterschriften sammeln oder Schweizerinnen und Schweizer davon überzeugen, auf bestimmte Weise abzustimmen – so hat man sozusagen sogar drei Stimmen. Das wird den Personen an der Migrantensession auch immer wieder mitgeteilt. Nochmals: Die Gegenargumente sind verständlich. Marco Agostini selbst ist hin- und hergerissen. Er möchte das Postulat überweisen, damit eine ausführlichere Antwort auch noch in einer Kommission behandelt werden kann.

**Tim Hagmann** (GLP) möchte der Illusion bezüglich der politischen Partizipation entgegensteuern. Nach Marco Agostinis Logik könnte man sich auch fragen, weshalb das Frauenstimmrecht eingeführt wurde. Frauen hätten ja problemlos mit den Männern reden und sie überzeugen können. Dann hätten die Männer so abgestimmt, wie es die Frauen wollten. Es gibt aber Themen, die man erlebt haben muss und die sich nicht erlernen lassen. Hier weisen Menschen mit Migrationshintergrund einen anderen Erfahrungshorizont auf. Diese sind nicht sauber repräsentiert. Es geht nicht um das Durchwinken eines Postulats, sondern darum, dass das Anliegen seriös geprüft und berichtet wird, denn es ist kein kleines Grüppchen, sondern ein Viertel der Bevölkerung.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, das Thema sei nicht neu. Bereits ein Postulat von Miriam Locher wurde entsprechend beantwortet. In der Stellungnahme wurde aufzuzeigen versucht, was bereits jetzt alles für die HSK-Kurse geleistet wird. Das ist viel. In beiden Kantonen gibt es Kontaktpersonen, die diese Kurse koordinieren, sie unterstützen und den Kontakt zu den Schulleitungen herstellen. Die gestellten Fragen wurden alle bereits beantwortet. Es wird unentgeltlich Schulraum zur Verfügung gestellt, Verbrauchsmaterial wird ebenfalls zur Verfügung gestellt und Informations- und Weiterbildungsinformationen für die Kursleiterinnen und Kursleiter und Lehrpersonen werden angeboten. Zudem wurde ein gemeinsamer Flyer des Erziehungsdepartements Basel-Stadt und der BKSD entworfen. Mit diesem Flyer werden die Kurse beworben. Der Flyer heisst «Zweisprachig? Ein Gewinn!» Die Eltern werden dazu aufgefordert, ihre Kinder in diese

Kurse zu schicken. Es wird alles daran gesetzt, dass diese Kurse stattfinden. Es ist wichtig, dass Kinder ihre Muttersprache und ihre Kultur kennen. Hierfür wird ein sehr grosser Aufwand geleistet. Aus diesem Grund wird dieser Vorstoss abgelehnt.

://: Mit 42:35 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) dankt allen Anwesenden für die Mitarbeit und wünscht einen schönen Abend.

---